

Regionale Hochschulkooperationen mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen

Hochschulen und die öffentlich finanzierten außeruniversitären Forschungseinrichtungen sind relativ gleichmäßig über das Bundesgebiet verteilt und werden beide öffentlich finanziert. Daher liegt es nahe, hier besondere Potenziale der Forschungsk Kooperation zu vermuten. Zwar ist die wissenschaftliche Kommunikation prinzipiell grenzenlos, doch ermöglicht die räumliche Nähe Kooperationen mit niedrigen Transaktionskosten: Kurze Wege, Face-to-face-Kommunikation usw. verringern den Aufwand, um Kooperationen anzubahnen und aufrechtzuerhalten.

Problemanzeigen

Alle Bundesländer haben mit beträchtlichem Finanzierungsaufwand an einzelnen Standorten räumliche Verdichtungen und Nähe von Hochschulen und außeruniversitärer Forschung gefördert. Dennoch gelten bislang die Kooperationsmöglichkeiten als nicht ausgeschöpft. Fragt man nach den Ursachen, so werden häufig drei Probleme genannt:

1. Eine *strukturelle Benachteiligung der Hochschulen* gegenüber den außeruniversitären Forschungseinrichtungen: Die Hochschulen müssten funktionsgemäß einen großen Teil ihrer Ressourcen in Lehre und Studium investieren. Das aber sei bei stagnierender finanzieller Ausstattung problematisch: Denn dadurch würden die Anteile der Forschungsfinanzierung innerhalb der Hochschuletats entsprechend geringer.
2. Eine *strukturelle Benachteiligung der außeruniversitären Forschungseinrichtungen* gegenüber den Universitäten: Letztere seien durch den Erstzugriff auf die Studierenden und damit die potenziellen Nachwuchswissenschaftler/innen sowie durch das traditionelle Privileg des Promotionsrechts begünstigt, die außeruniversitären Institute entsprechend benachteiligt.
3. Eine sog. *Versäulung*, d.h. gegenseitige Abschottung der einzelnen (hochschulischen und außerhochschulischen) Segmente des Wissenschaftssystems, hervorgerufen durch Eigeninteressen: Dadurch sei die Kommunikation zwischen diesen Segmenten eingeschränkt. Selbst nahe liegende Kooperationen – etwa bei der Gestaltung von Doktorandenprogrammen – kämen nur in unzureichendem Umfang zustande.

Wird nach möglichen Lösungen gefragt, so lassen sich die Problemanzeigen durchaus gut aufeinander beziehen: Gelänge es, die Versäulung aufzuheben, dann ergäben sich Möglichkeiten, die strukturellen Asymmetrien zwischen hochschulischer und außeruniversitärer Forschung zu mildern. Ein Interesse

daran müssen insbesondere solche Regionen haben, die auf Leistungen der öffentlich finanzierten Forschung besonders angewiesen sind, um regionale Entwicklungsimpulse realisieren zu können. Die Kooperation zwischen Hochschul- und außeruniversitärer Forschung stellt eine der wichtigsten endogenen Ressourcen einer Region dar.

Identifizierung von Handlungsbedarfen

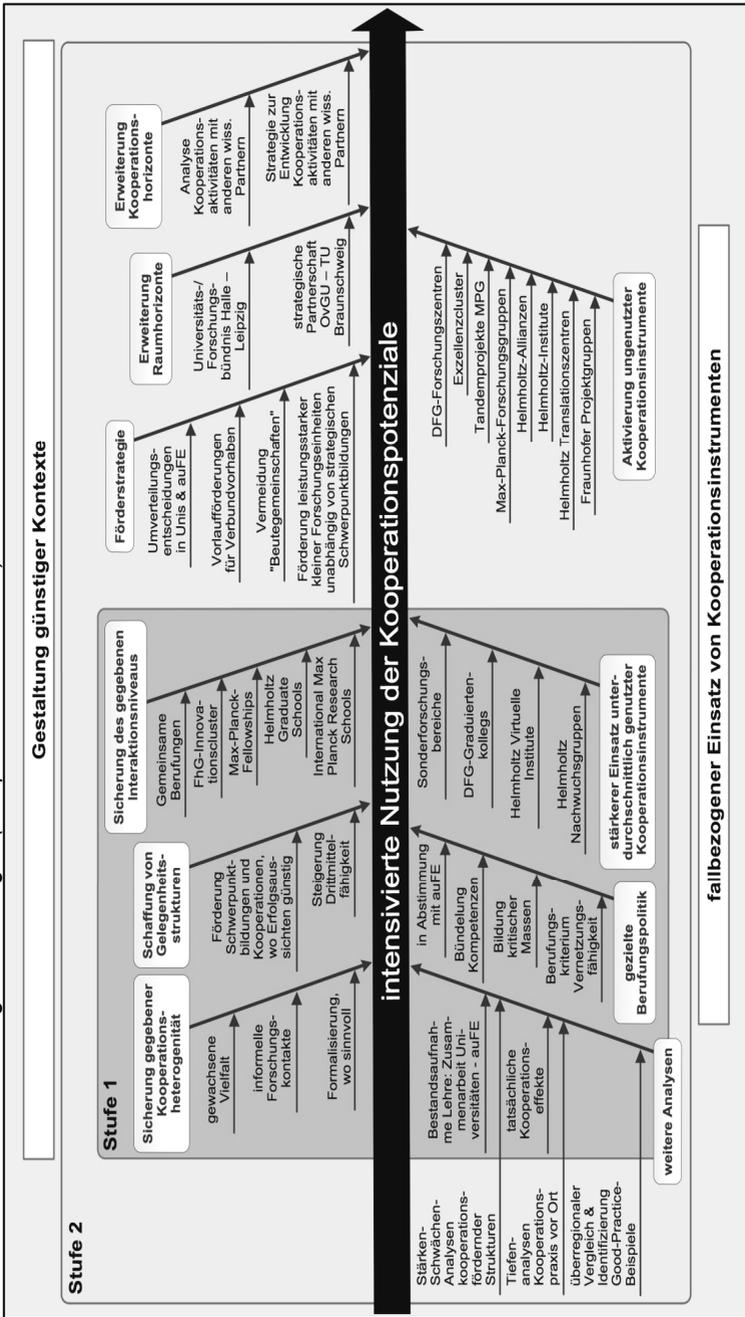
Um Handlungsbedarf im Hinblick auf Kooperationsaktivitäten zu identifizieren, lässt sich zunächst eines ermitteln: Welcher Umfang an Forschungsaktivitäten kann in einer Region, gemessen an ihrer Größe, überhaupt erwartet werden? Hierzu kann der Anteil der regionalen Aktivitäten an allen bundesweiten Aktivitäten ins Verhältnis zur relativen Größe der Region gesetzt werden. Sollte beispielsweise ein Bundesland 20 % der Bevölkerung oder aber 20 % des gesamten deutschen BIPs haben, so sollte auch etwa ein Fünftel der gesamten Forschungs Kooperationen in dem entsprechenden Land konzentriert sein. Genauso lassen sich die Landesanteile an der Professorenschaft, den Beschäftigten der vier großen Forschungsorganisationen, den Ausgaben aller Länder für Universitäten und außeruniversitäre Forschung einbeziehen. So kann für das jeweilige Land ein statistischer Erwartungswert des Anteils an Forschungs Kooperationen ermittelt werden.

Legt man diesen Erwartungswert zu Grunde, so lässt sich ein Gesamtbild des Kooperationsgeschehens in dem Land gewinnen, indem das regionale Vorkommen aller denkbaren Kooperationsinstrumente ausgewertet wird. Neben den traditionellen Kooperationsverträgen zwischen Hochschulen und außeruniversitären Instituten sowie gemeinsamen Berufungen sind das:

- *DFG-gebunden*: Exzellenzcluster, DFG-Forschungszentren, DFG-Graduiertenkollegs unter Beteiligung von Universitäten und außeruniversitären Instituten, Sonderforschungsbereiche in gleicher Kooperationskonstellation;
- *Max-Planck-Kooperationen*: Max-Planck-Fellowships, International Max Planck Research Schools, MPG-Tandemprojekte, Max-Planck-Forschungsgruppen;
- *Fraunhofer-Kooperationen*: FhG-Innovationscluster und Fraunhofer Projektgruppen;
- *Helmholtz-Kooperationen*: Helmholtz Virtuelle Institute und Helmholtz Nachwuchsgruppen, Helmholtz-Allianzen, Helmholtz Translationszentren und Helmholtz Graduate Schools.

Im Regelfall ergibt sich bei einer solchen Betrachtung: Von den potenziellen Kooperationsinstrumenten werden einige sehr intensiv, andere unterdurchschnittlich, manche bislang noch nicht genutzt. Insbesondere bei den beiden letzteren Gruppen bestehen dann Möglichkeiten zur Intensivierung der Kooperationen.

Übersicht 3: Umsetzungsstufen zur intensivierten Nutzung der Kooperationspotentiale zwischen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen (Beispiel Sachsen-Anhalt)



Optionen der Kooperationsentwicklung

Kooperationen haben bestimmte Voraussetzungen, insbesondere ein gemeinsames Interesse der potenziellen Partner. Interessen sind in der Wissenschaft vorrangig kognitiv bestimmt, d.h. sie zielen auf Erkenntnisgewinn. Um kognitiv bestimmte Interessen und räumliche Nähe in gemeinsame Aktivitäten münden zu lassen, bedarf es zweierlei: zum einen der Gestaltung günstiger Kontexte und zum anderen eines auf das konkrete Vorhaben abgestimmten Einsatzes der zur Verfügung stehenden Kooperationsinstrumente.

Die Gestaltung günstiger Kontexte zielt darauf ab, Gelegenheitsstrukturen zu schaffen, in denen potenzielle Partner die Chance haben, ihre gemeinsamen Interessen zu entdecken und wahrzunehmen. Günstige Gelegenheitsstrukturen wiederum vereinfachen Suchprozesse nach neuem Wissen. Dabei sind die wissensbezogenen Such- und Findeprozeduren grundsätzlich nicht planbar. Gelegenheiten werden genutzt oder auch nicht. Plan- und gestaltbar sind hingegen Arrangements und Kontexte, welche die Wahrscheinlichkeit von Kontakten, Kopplungen und letztendlich Kooperationen erhöhen.

Zu vermeiden ist dabei, Prozess und Akteure zu überfordern, und es müssen gegebene Ressourcenbegrenzungen berücksichtigt werden. Aber: In zumindest einigen Bereichen sollten auch möglichst schnell sichtbar werdende Erfolge erreicht werden. Dies fördert die Mitwirkungsbereitschaft zunächst eher zögerlicher Partner. Aus diesen Gründen sollten Kooperationsbeziehungen in *Ausbaustufen* projektiert und mit Leben erfüllt werden. Als allgemeines Handlungsschema zur Intensivierung des Kooperationsgeschehens kann ein dreistufiges Vorgehen empfohlen werden.

- Auf *Stufe 1* sind die Prioritäten, d.h. die Unverzichtbarkeiten umzusetzen.
- Auf *Stufe 2* werden solche Initiativen eingeleitet, die zwar nicht prioritär, aber dringend wünschenswert sind, und bei denen Einvernehmlichkeit zwischen den Partnern besteht.
- Auf *Stufe 3* lassen sich dann Maßnahmen vorbereiten und umsetzen, die zunächst noch konfliktbehaftet sind, für die also erst ein Konsens unter den Beteiligten gefunden werden muss.

Übersicht 3 visualisiert die Handlungsschritte der Stufen 1 und 2. Hierbei wird davon ausgegangen, dass es a) um die Gestaltung günstiger Kontexte für Kooperationen (oberer Teil der Übersicht) und b) um den fallbezogenen möglichst optimalen Einsatz von Kooperationsinstrumenten (unterer Teil der Übersicht) geht.

Peer Pasternack